

# Schwierige Definition von Fairness

Der Zürcher Gemeinderat will keine Anpassung der Vergabepaxis für städtische Wohnungen – der Stadtrat schon

Bereits wird die Verordnung für die Vergabe städtischer Wohnungen überarbeitet. Ein Postulat der FDP, das dies forderte, wurde vom Gemeinderat aber abgelehnt.

Michael Baumann

Das Drehbuch hätte nicht besser sein können: Diese Woche hat die Diskussion um die Praxis der Stadt Zürich bei der Vergabe von günstigem Wohnraum neue Nahrung erhalten. Ausgerechnet eine SVP-Gemeinderätin, Hedy Schlatter, so wurde bekannt, wohnt für monatlich 1300 Franken in einer solchen Wohnung – versteuert aber ein Millionenvermögen und fast das Einkommen eines Stadtrats. Doch das ist noch nicht alles: Die Politikerin bezahlt die Steuern nicht etwa in Zürich, sondern in Uster, wo sie ein Haus besitzt.

## Gebot der Fairness

Die diesbezügliche Vergabepaxis wurde regelmässig von den bürgerlichen Parteien kritisiert, weil es immer wieder Beispiele von wohlhabenden Mietern von günstigen Wohnungen gab, die mit der roten oder grünen Politik sympathisierten oder gar Mitglied einer Partei dieser Farben waren. Als am Mittwochabend im Gemeinderat über ein Postulat der FDP-Fraktion zur Anpassung der Vergabepaxis für städtische Wohnungen und Stiftungen bezüglich der Einkommens- und Vermögensverhältnisse verhandelt wurde, haben sich die SVP-Vertreter auffällig zurückgehalten.

Entsprächen die Einkommens- und Vermögensverhältnisse eines Mieters nicht mehr den Vorgaben für die günstige Wohnung, sagte FDP-Gemeinderat Severin Pflüger, solle ein Mietzinsaufschlag erfolgen, der schrittweise bis zum effektiven quartierüblichen Mietzins für eine vergleichbare Wohnung ansteige. Alternativ solle die Mietpartei motiviert werden, eine neue Wohnung zu suchen, die ihren Einkommensverhältnissen entspreche. Nur wer es aufgrund der finanziellen Verhältnisse schwer habe, eine Wohnung zu finden, werde vom Staat unterstützt. Es könne aus



Die FDP drängt auf neue Regeln für die Vergabe städtischer Wohnungen – bisher vergeblich.

PATRICK B. KRAMER / KEYSTONE

Sicht des Steuerzahlers und aus Gründen der Fairness nicht sein, dass Gutverdienende subventioniert würden.

Linda Bär (sp.) sprach sich im Namen ihrer Partei gegen das Postulat aus. Die SP wolle am Prinzip der Kostenteile für einen gewissen Anteil der städtischen Wohnungen festhalten. Die Grünen schlossen sich dem an. Nur:

## AUS DER SITZUNG

- **Gegen gebührenpflichtige Zufahrtsbewilligungen.** Diskussionslos hat der Gemeinderat ein Postulat der CVP-Fraktion überwiesen, in dem der Verzicht auf gebührenpflichtige Zufahrtsbewilligungen für Berechtigte in Fahrverbotszonen verlangt wird.
- **Für ein Restaurant am Meierhofplatz.** Ein SP-Postulat, den «Weingarten» am Meierhofplatz besser zu nutzen und ein Restaurant mit Gartensitzplatz einzurichten, wird mit 63 zu 54 Stimmen überwiesen.
- **Zur Kenntnisnahme des Trimesterberichts II/13.** Der Trimesterbericht II/13 ist vom Gemeinderat mit 91 zu 24 Stimmen gutgeheissen worden. Der Antrag der SVP, den Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen, wurde abgelehnt. *mbm.*

Pflüger hatte mit keinem Wort die Aufgabe dieses Prinzips gefordert. Die Grünliberalen brachten mit Samuel Dubno einen Massnahmenkatalog ins Spiel. Stadtrat Daniel Leupi erklärte, dass im Moment die Bedingungen für die Miete einer günstigen Wohnung bei Vertragsbeginn geprüft würden. Man sei aber daran, die entsprechende Ver-

ordnung zu überarbeiten und anzupassen sowie eine Vorlage dazu zuhanden des Gemeinderats zu erstellen.

## Präsidentialer Stichentscheid

Niklaus Scherr (al.) sagte, dass bei der Vergabe der Wohnungen Augenmass gefragt sei. Nur weil jemand plötzlich mehr verdiene, könne ihm nicht gekündigt werden, das wäre rechtswidrig. Es müsse aber sichergestellt werden, dass grosse Wohnungen immer nur an Familien mit Kindern vergeben würden. Möglich sei auch das Verbot der Nutzung als Zweitwohnung. Michael Baumer (fdp.) wollte nichts von Kündigungen wissen, sondern in bestimmten Fällen von einer Anpassung des Mietpreises. Schliesslich wurde das Postulat nach einem Patt von 58 zu 58 Stimmen per Stichentscheid des Ratspräsidenten abgelehnt.